



II-1965 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 41o.14o/4-IV/1/81

Schriftl.parl.Anfrage der Abg.z.NR
BREITENEDER u.Gen., Nr.928/J betr.
Grenzlandförderung

900/AB

Herrn
Präsident des Nationalrates
Anton BENYA
Parlament
1010 W i e n

1981 -02- 04

zu 928/J

Die Abg.z.NR BREITENEDER und Genossen haben am 19. Dezember 1980, unter der Nr.928/J, folgende schriftliche parlamentarische Anfrage an mich gerichtet:

"Angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzlandregionen Österreichs, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Hat sich die Grenzlandförderung bewährt?
2. Wieviele Arbeitsplätze sind im Grenzland seit 1970 verloren gegangen?
3. Wie teilen sich die seit Bestehen der Grenzlandförderung aufgewendeten Mittel auf die einzelnen Bundesländer auf?
4. Haben Sie die Absicht, die Grenzlandförderung verstärkt fortzusetzen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Entwicklungsvoraussetzungen und Probleme in den österreichischen Grenzgebieten sind aufgrund der jeweiligen geräumigen Lagebedingungen (Lage zu den beiden Wirtschaftsböcken Europas), der naturräumlichen Gegebenheiten, der Durchlässigkeit der Grenze, der Struktur der Bevölkerung, Wirtschaft und Siedlung sehr unterschiedlich.

- 2 -

Die Ost-Grenzgebiete im gesamten zeichnen sich durch eine generelle Struktur-, Lage- und Entwicklungsproblematik aus und heben sich damit gegenüber anderen Teilen des Staatsgebietes in besonderem Maße ab. Die generelle Problemlage in den Ost-Grenzgebieten ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: geringe wirtschaftliche Beziehungen zu angrenzenden Staaten, extreme Randlage zu Mitgliedsstaaten der EG, periphere Lage zu entwickelten Wirtschaftsräumen und -zentren diesseits und jenseits der Staatsgrenzen, ungünstige Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, Standort- und Lageungunst für Investitionen im industriell-gewerblichen und Dienstleistungsbereich, Rückgang, Stagnation oder nur geringe Zunahme der Wohnbevölkerung, überdurchschnittliche Wanderungsverluste. Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) hat daher bereits im Jahre nach ihrer Gründung die Entwicklung der Grenzgebiete gegenüber der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien im Verhältnis zur gesamtösterreichischen Entwicklung zu einer vordringlichen Aufgabenstellung gemacht.

1975 wurden von der ÖROK Ziele für die Entwicklung der Ost-Grenzgebiete beschlossen, die insgesamt auf die Förderung dieser Gebiete als Lebens- und Siedlungsraum der Bevölkerung, als Wirtschaftsraum sowie als Erholungsraum gerichtet sind.

1976 wurden vordringliche Maßnahmen in den Ost-Grenzgebieten zur Förderung des Fremdenverkehrs und der Land- und Forstwirtschaft beschlossen, 1977 Maßnahmen zur Förderung von Gewerbe und Industrie. In diesem Zusammenhang sind Bund, Länder und Gemeinden in Rahmen der ÖROK übereingekommen, ihre raumordnenden Tätigkeiten entsprechend den ÖROK-Zielen so auszurichten, daß durch entsprechende Entwicklungs- und Förderungsmaßnahmen möglichst gleichwertige und ausgewogene Lebensbedingungen hergestellt werden. Aus staatspolitischen Gründen, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung und der

- 3 -

Wahrung der Neutralität ist in den Grenzgebieten eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur und eine ausreichende Bevölkerungsdichte zu erhalten.

Zu den einzelnen Fragen kann wie folgt Stellung genommen werden:

Zu Frage 1.:

Bereits in den Regierungserklärungen 1970 und 1971 verpflichtete sich die Bundesregierung zu einer aktiven Raumordnungspolitik, deren Ziel es ist, regionale Disparitäten in den Erwerbs-, Einkommens- und Lebensbedingungen abzubauen. Dabei wurde eine aktive Raumordnungspolitik für die Grenzgebiete gegenüber der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien besonders hervorgehoben.

Bereits 1973 wurde von der Bundesregierung zur Förderung der Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in grenznahen Entwicklungsgebieten des Mühlviertels, Niederösterreichs, Burgenlands, der Steiermark und Teilen Kärntens ein entsprechendes ERP-Sonderprogramm eingerichtet. Im Rahmen dieses Sonderprogrammes, das seit dem ERP-Wirtschaftsjahr 1973/74 jährlich fortgeführt wurde, werden für arbeitsplatzschaffende Investitionen Kredite zu besonders günstigen Konditionen (derzeit: tilgungsfreie Zeit bis zu 5 Jahren, während dieser Zeit beträgt Zinssatz 2 %; Restlaufzeit bis zu 10 Jahren, Zinssatz während Restlaufzeit 6 %) gewährt. Mit Hilfe dieses Sonderprogrammes konnten bisher in den Grenzgebieten insgesamt 245 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von S 5,021 Mrd durch die Gewährung von ERP-Sonderkrediten im Ausmaß von S 2,015 Mrd realisiert und damit tausende Arbeitsplätze neu geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Gleichzeitig vereinbarte die Bundesregierung 1974 mit dem Land Niederösterreich ein

- 4 -

"Sofortprogramm für Entwicklungsmaßnahmen des Bundes für die n.ö.-Grenzgebiete", in dem Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Industrie-, Fremdenverkehr- und Landwirtschaftsförderung, sowie Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrswege, der Bundesschulen und sonstiger Infrastruktureinrichtungen vorgesehen sind. In den darauffolgenden Jahren wurden ähnliche Sofortprogramme für die Ost-Grenzgebiete in Oberösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten in Abstimmung mit den jeweiligen Landesregierungen beschlossen und realisiert.

Neben der Förderung der Grenzlandgebiete im Rahmen des ERP-Fonds wurden auch bedeutende Förderungen im Rahmen der Zinsenstützungsaktion 1978 der Bundesregierung für Investitionen in Grenzlandgebieten zugesprochen. Diese Investitionen haben ebenfalls zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beigetragen und zu Neugründungen in den Grenzlandgebieten geführt. Ebenso wie mit Hilfe der ERP-Kredite wurde auch durch die Zinsenstützungsaktion 1978 sowohl die betriebliche als auch die regionale Struktur verbessert.

1974 wurde die agrarische Grenzlandförderung in Niederösterreich begonnen und 1975 auf das Bundesland Kärnten und 1976 auf Oberösterreich, Burgenland und Steiermark ausgedehnt. Die jeweiligen Förderungsmittel werden je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern bereitgestellt; die Kosten für die Agrarinvestitionskredite (AIK) werden vom Bund getragen. Seit dem Jahr 1980 wird für das "Oststeirische Hügelland" ein Sonderprogramm durchgeführt. Die Mittel dafür werden aus der Grenzlandförderung für die Steiermark bzw. aus den AIK zur Verfügung gestellt.

Ziel der landwirtschaftlichen Grenzlandförderung ist es, durch einen verstärkten Einsatz von Förderungsmitteln leistungsfähige land- und forstwirtschaftliche Betriebe zu schaffen und zu erhalten und so zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft und zur Sicherung der Siedlungsdichte in den Grenzgebieten beizutragen.

- 5 -

Die Förderunsmittel werden zu einem Drittel für einzelbetriebliche Maßnahmen (v.a. Neu- und Umbauten, Renovierung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden), zu zwei Dritteln zur Verbesserung der agrarischen Infrastruktur (v.a. Wegebau, Grundzusammenlegung, Elektrifizierung) verwendet. Die Grenzlandförderung in den Jahren 1974 bis 1979 beträgt insgesamt S 1,651 Mrd.

Angesichts der besonderen Problematik im Waldviertel, die wegen der internationalen Rezession zu akuten Beschäftigungsproblemen in diesem Raum geführt hat, hat die Bundesregierung im Jahre 1980 eine Sonderförderungsaktion zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen und von Arbeitsplätzen im Bereich des Fremdenverkehrs eingerichtet. Diese Sonderförderungsaktion wird gemeinsam vom Bund und dem Land Niederösterreich mit jährlich S 100 Mio dotiert (Bund und Land Niederösterreich je S 50 Mio).

Der Ministerrat beschloß in seiner 69. Sitzung am 23.12.1980 die Förderung von 8 Projekten mit einem Förderungsbetrag des Bundes von S 22,025 Mio (verlorener Zuschuß).

Außerdem hat der Ministerrat zur Sicherstellung der Mittel für den Bau einer Kuranstalt in Groß-Grünz folgenden Beschluß gefaßt:

S 13 Mio aus der Quote 1980 für die gemeinsame Sonderförderungsaktion

S 20 Mio ERP-Fremdenverkehrskredit

3 %ige Zinsstützung aus ERP-Ersatzaktion für S 19 Mio.

Weiters hat die Bundesregierung mit Beschluß des Ministerrates vom 19.6.1979 eine Sonderaktion geschaffen mit dem Ziel, in jenen benachteiligten Räumen in Berggebieten, in denen traditionelle regionalpolitische Förderungsmaßnahmen allein nicht ausreichen, regionale Unterschiede in den Lebens- und Erwerbsbedingungen gegenüber weniger benachteiligten Gebieten auszugleichen und neue wirtschaftliche

- 6 -

Impulse zu induzieren. Im Sinne einer aktiven und umfassenden Regionalpolitik soll diese Sonderaktion in besonderem Maße auf die eigenständige regionale Entwicklung durch stärkere Nutzung der lokalen und kleinregionalen Kräfte und Mittel ausgerichtet sein. Durch die Förderung von Wirtschaftsprojekten, die den Wert regionaler Exporte erhöhen, Ressourcen der Region verarbeiten, die Produktionskosten durch sektorübergreifende Zusammenarbeit senken oder neue Formen des Tourismus verwirklichen, soll eine den regionalen Verhältnissen angepaßte Wirtschaftsstruktur geschaffen bzw. gestärkt werden.

Die Sonderaktion wurde zunächst für die Dauer von zwei Jahren eingerichtet und ist mit jährlich S 15 Mio dotiert. Im Rahmen dieser Sonderaktion werden insbesondere auch Teile des Mühlviertels, Waldviertels, Südkärntens und Osttirols gefördert.

Insgesamt haben die erwähnten Sonderförderungsmaßnahmen des Bundes dazu beigetragen, der wegen der geänderten internationalen Wirtschaftslage ab Mitte der 70er Jahre verschärften generellen Entwicklungsproblematik entgegenzuwirken.

Zu Frage 2.:

Für die unmittelbare Beantwortung dieser Frage reicht das bestehende statistische Material nicht aus.

- 7 -

Zu Frage 3:

- a) ERP-Kredite im Rahmen des Grenzlandverfahrens in der Zeit vom 1.7.1970 bis 30.6.1980:

Bundesland	Anzahl	ERP-Kredit	Gesamtinvestitionen
Burgenland	39	175,100	476,104
Kärnten	44	283,600	951,101
Niederösterreich	77	303,350	871,366
Oberösterreich	31	156,750	361,116
Salzburg	3	30,000	52,612
Steiermark	44	1.051,450	2.261,796
Tirol	7	15,200	47,176
Summe	245	2.015,450	5.021,271

- b) Agrarische Grenzlandförderung:

Niederösterreich (1974-1979):	643,4 Mio S
Kärnten (1975-1979):	259,5 Mio S
Burgenland (1976-1979):	229,0 Mio S
Oberösterreich (1976-1979):	229,7 Mio S
Steiermark (1976-1979):	289,4 Mio S

- c) Sonderförderungsaktion zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Waldviertel:

Dotierung ab 1980 S 100 Mio (Bund und Land je 50 Mio S).

- d) Sonderaktion des BKA zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs (Förderungsgebiete sind identisch mit einigen Grenzgebieten):

Dotierung ab 1980 S 15 Mio (ohne regionsspezif. Aufteilung).

- 8 -

e) Zinsenstützungsaktion 1978 der Bundesregierung für Projekte im Grenzland

		zins- gestützte Kredite	Gesamtin- vestition	
	Anzahl	in Mio S	in Mio S	neue Arbeitsplätze
Burgenland	13	180,000	328,536	360
Kärnten	29	631,675	1.314,415	535
N.Ö.	11	329,550	526,721	134
O.Ö.	23	476,400	810,983	568
Steiermark	27	2.256,850	3.067,402	345
<hr/>				
Zinsenst. insg.	103	3.874,475	6.048,057	1942
<hr/>				

Zu Frage 4.:

Angesichts der wichtigsten sozioökonomischen Randbedingungen für die zukünftige regionale Entwicklung, d.s. relativ unsichere wirtschaftliche Entwicklung, "Nullwachstum" der Gesamtbevölkerung, relativ starke Zunahme des Erwerbspotentials und daher zu erwartende Arbeitsplätzeknappheit, ist es notwendig, die Grenzlandförderung verstärkt fortzusetzen.

Da - wie eingangs ausgeführt - zwischen den einzelnen Regionen der österreichischen Grenzgebiete z.T. beträchtliche Unterschiede hinsichtlich des regionalen Entwicklungsstandes bestehen, ist eine koordinierte Entwicklungspolitik der Gebietskörperschaften für die österreichischen Grenzgebiete unter Berücksichtigung ihrer Eignung erforderlich. Der Bund beabsichtigt daher, entsprechende Entwicklungs- und Förderungsmaßnahmen für die besonders benachteiligten und peripheren Gebiete fortzuführen und falls erforderlich, zu verstärken.

- 9 -

Diesbezügliche Gespräche zwischen der Bundesregierung und der jeweiligen Landesregierung haben daher auch bereits am 12. Jänner 1981 (Steiermark) und am 13. Jänner 1981 (Niederösterreich) stattgefunden.

2. Feber 1981

